

Wirtschaftlicher Aufschwung und Belebung auf dem Arbeitsmarkt – Wo kommt der Aufschwung an? –

Nach Jahren eher träger bzw. schleppender wirtschaftlicher Entwicklung stiegen die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts seit 2005 wieder deutlich an und markierten damit eine Wende hin zu einer (kräftigen) Aufschwungphase. Im Zuge dieser Entwicklung entspannte sich auch der Arbeitsmarkt in dem Sinne, dass sich die Zahl der Arbeitsuchenden/Arbeitslosen verringert, seit langer Zeit die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wieder zunimmt und in einigen Branchen und Regionen bereits über Fachkräftemangel geklagt wird. Trotz dieser positiven Signale blieb der Private Verbrauch 2007 weiterhin sehr schwach, und in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung herrscht eher eine Stimmung vor, die den Eindruck vermittelt, dass der „Aufschwung“ zwar „da“ sei, aber an der Mehrheit der Erwerbstätigen/der Bevölkerung „vorbeigehe“, also nur eine Minderheit von der guten wirtschaftlichen Entwicklung wirklich profitiere.

Die konjunkturelle Entwicklung 2005 bis 2007

Seitens der amtlichen Statistik und der Mehrzahl der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ist die Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung ziemlich eindeutig. Gemessen an den Zuwachsraten des realen (preisbereinigten) Bruttoinlandsprodukts befindet sich die deutsche Wirtschaft seit 2006 in einer konjunkturellen Aufschwungphase mit jährlichen Veränderungsraten von 2,9% für 2006 und 2,5% für das letzte Jahr. Folgt man den Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose (GD) in ihrem aktuellen Frühjahrsgutachten, dann rechnen die Konjunkturforscher für 2008 mit einer leichten Abschwächung (1,8%), gefolgt von einer weiteren Wachstumsverlangsamung auf 1,4% für 2009. Gegenüber den Prognosen zur Jahreswende bedeutet dies eine etwas pessimistischere Einschätzung, die insbesondere den nicht abschätzbaren Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den realen Bereich der Volkswirtschaft geschuldet ist. Höhere Energiepreise und ein hoher Euro-Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar runden diese Einschätzung ab.

Getragen wird die konjunkturelle Entwicklung im Wesentlichen von den Exporten,²⁶ gefolgt von den inländischen Ausrüstungs- und sonstigen Anlageinvestitionen. Der Private Verbrauch weist seit mehreren Jahren nur eine sehr geringe Dynamik auf und war 2007 mit -0,3% gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Rückblickend gab es seit 2001 kein Jahr mehr, in dem der Private Verbrauch (preisbereinigt) um mehr als 1% zulegte. Bedenklicher sogar: In den sechs Jahren von 2001 bis 2007 ging der Private Verbrauch in drei Jahren zurück und legte in den anderen drei Jahren eher verhalten zu. Lag der als Index berechnete Private Verbrauch im Jahr 2001 bei 101,87 Indexpunkten (2000 = 100), dann lag er 2007 bei 102, stagnierte also praktisch. Mithin zeigt sich zurzeit noch eine etwas gespaltene konjunkturelle Entwicklung, in der Exporte und Investitionen steigen, sich ein wesentlicher Teil der Binnennachfrage (Privater Verbrauch) aber noch sehr verhalten entwickelt.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Betrachtet man neben dem Güter- auch den Arbeitsmarkt, dann wurde 2007 mit 39,74 Millionen Erwerbstätigen der höchste Beschäftigungsstand in Deutschland seit 1991 erreicht, und die Zahl der Arbeitnehmer lag 2007 mit 35,29 Millionen nur knapp unter dem Höchstwert von 35,33 Millionen im Jahr 2001. Seit Ende 2004 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 860 000 Personen und die Zahl der Arbeitnehmer um mehr als 600 000 Personen zu. 2007 wurden in Deutschland 1,7% mehr Erwerbstätige gezählt als im Vorjahr. Betrachtet über die Jahre seit 1992 war dies der zweitstärkste Beschäftigungszuwachs überhaupt und wurde nur im Jahr 2000 übertroffen (+1,9%). Außerdem ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen fast stetig von 4,9 Millionen (im Durchschnitt des Jahres 2005) auf 3,4 Millionen im April 2008 zurück.

²⁶ Für eine detaillierte Analyse und Prognose der konjunkturellen Entwicklung siehe ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunktur aktuell: Aufschwung stockt: Warten auf die „zweite Luft“, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2008, S. 8-34, bzw. PROJEKTGRUPPE GEMEINSCHAFTS-DIAGNOSE: Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 1. Sonderausgabe 2008.

Diese „positiven Grundzahlen“ sagen jedoch noch nicht viel über die Ausgestaltung der zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse und nicht zwingend etwas über die damit verbundene Entlohnung aus.

Welche Beschäftigungsverhältnisse sind in welchen Bereichen entstanden?

Legt man die jeweils zuletzt veröffentlichten offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamts und der Bundesagentur für Arbeit (BA) zugrunde, dann lag im März 2008 die Erwerbstätigkeit in Deutschland gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 683 000 Personen höher bzw. war – in Prozent ausgedrückt – die Beschäftigung um 1,7% gestiegen. Hiervon waren 575 000 Personen (+2,1% gegenüber dem Vorjahr) in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen; die restlichen Personen sind überwiegend Selbständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger. Von den 575 000 neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen waren der Bundesagentur zufolge etwas mehr als die Hälfte Vollzeitstellen (mit 35 Wochenstunden oder mehr). Insgesamt waren somit gegen Ende Februar 2008 etwa 27,15 Millionen Personen in einem sozialversicherungspflichtigen Beruf beschäftigt; das sind 663 000 Personen mehr als im Vorjahr, was einen Anstieg um 2,5% bedeutet. Erwerbstätig waren im März 2008 (saisonbereinigt und nach Inländerkonzept) insgesamt 40,2 Millionen Menschen.

Aber auch andere Bereiche des Arbeitsmarkts entwickelten und entwickeln sich weiterhin günstig. Neben einer verbesserten Lage auf dem Ausbildungsmarkt befanden sich 2007 auch insgesamt weniger Personen in BA-geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.²⁷ Ebenso verringert hat sich die Zahl der Personen, die in Arbeitsgelegenheiten (in der Mehraufwandsvariante) waren.

Was vermutlich der konjunkturellen Entwicklung zuzuschreiben ist, aber einer sorgfältigeren Prüfung bedarf, ist die Aussage der BA, dass sich auf Hochrechnungsbasis die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im November 2007 um 82 000 Personen gegenüber dem Vorjahr verringert hat. 4,8 Millionen Personen üben (freiwillig

²⁷ Ob dies der konjunkturellen Lage oder einer veränderten Strategie der Arbeitsagenturen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zuzuschreiben ist, muss hier offenbleiben.

oder eher unfreiwillig) ausschließlich eine geringfügige Beschäftigung aus. Unklar bleibt jedoch, ob es den 82 000 Personen gelungen ist, eine andere Beschäftigung zu erhalten, oder aber ob sie sich aus dem aktiven Erwerbsleben zurückgezogen haben.

Tabelle 1:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2006 und 2007

	2006	2007	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer (Inland)	34 696	35 300	604
SV-pflichtig Beschäftigte	26 366	26 934	568
Geförderte ^a	175	199	24
Nicht geförderte	26 191	26 735	544
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 819	4 840	21
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	306	301	-5
Sonstige	3 204	3 225	21
Selbständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 392	4 445	53
Geförderte Selbständige	300	237	-63
Ich-AG	210	123	-87
Überbrückungsgeld	63	3	-60
Einstiegsgeld (Variante: Selbständigkeit)	19	20	1
Gründungszuschuss	8	91	83
Nicht geförderte Selbständige	4 092	4 208	116
Erwerbstätige (Inland)	39 088	39 749	661
Darunter:			
Geförderte Erwerbstätige	781	736	-45
Nachrichtlich:	Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	56 001	56 719	718

^a Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2007: Schätzung des IWH.

Ebenfalls schwierig einzuordnen ist die Meldung der BA, dass im November 2007 2,1 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich eine geringfügige Beschäftigung ausübten. Um zu einer angemessenen Einschätzung dieser Doppeltätigkeit zu gelangen, sind ergänzende Untersuchungen erforderlich. Zu klären ist neben der

Dauer der Arbeitszeit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch, um welche Art Nebentätigkeit es sich handelt und in welchem Umfang sie ausgeübt wird. Das muss an dieser Stelle zukünftigen Arbeiten vorbehalten bleiben.

Sektorale Entwicklung

Bei Betrachtung der beiden konjunkturellen Aufschwungphasen 1997 bis 2000 und 2005 bis 2007 fällt auf, dass in den 90er Jahren der Aufschwung wesentlich vom Dienstleistungssektor getragen wurde, während im gegenwärtigen Aufschwung insbesondere das Verarbeitende Gewerbe der Motor ist. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung nahm um 5,8% im Jahr 2006 und 6,2% im letzten Jahr zu (jeweils im Vorjahresvergleich), gegenüber 2,2% bzw. 3,1% bei den Unternehmensnahen Dienstleistern für die Vergleichszeiträume. Somit ist seit langer Zeit die Industrie wieder die tragende Kraft des Aufschwungs im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen dem Dienstleistungsbereich – teils auch im Kontext einer Anpassung in Ostdeutschland – diese Rolle zukam. Jene Entwicklung sollte auch Auswirkungen auf die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse haben. Hierfür lassen sich zumindest zwei Gründe anführen: Erstens ist die berufliche Qualifikationsanforderung in vielen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes höher als in Teilen des Dienstleistungsbereichs, was zweitens zu einer im Vergleich höheren Entlohnung führen sollte. Weiterhin kann vermutet werden, dass vermehrt Vollzeitbeschäftigte eingestellt werden, da die Auftragslage in der Industrie als sehr günstig angesehen werden kann. Hierfür spricht auch, dass die industrielle Fertigung in Deutschland bereits in weiten Teilen ihre Rationalisierungs- und Verlagerungsabsichten durchgesetzt hat und dementsprechend wenig neue Jobs für un- oder geringqualifizierte Personen überhaupt zur Verfügung stehen.

Neben dem Beschäftigungszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe entstanden etwa 230 000 neue Jobs (gegenüber dem Vorjahr 2006) bei den Unternehmensnahen Dienstleistern. Allerdings lag hier der größte Teil der zusätzlichen Beschäftigung im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung.²⁸ Schließlich verlief der Beschäftigungsaufbau mit 2,1% in

Westdeutschland etwas günstiger als in Ostdeutschland, wo der Zuwachs 1,7% betrug.

Insgesamt gesehen entwickelt sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt günstig, und sie wird auch im laufenden Jahr für einen Zuwachs an Beschäftigung sorgen. Trotzdem wird es für unqualifizierte oder nur geringqualifizierte Arbeitsuchende schwer sein, einen Job zu finden, sodass auch weiterhin mit einer hohen Zahl an Arbeitslosen zu rechnen ist.

Ein weiteres Merkmal der Entwicklung ist, dass nicht alle zusätzlich angebotenen Jobs einer Vollzeitbeschäftigung entsprechen, was aber auch seitens des Arbeitsuchenden nicht immer gewünscht wird. Zwischen den Branchen Industrie und Dienstleistungen werden sich die Beschäftigungsverhältnisse weiter in dem Sinne unterscheiden, dass im Dienstleistungsbereich in stärkerem Maß Leiharbeitsverhältnisse entstehen werden als in der Industrie, wo vielfach ein hoher Bedarf an Fachkräften besteht. Diese für ein Unternehmen zu gewinnen, einzuarbeiten und zu behalten geht in der Regel mit höheren (Such-)Kosten einher, sodass hier eine größere Bereitschaft besteht, diese Arbeitskräfte nicht über Leiharbeit zu rekrutieren, sondern durch unbefristete Beschäftigungsverhältnisse.

Als zusätzlich positiv ist einzuschätzen, dass sich die – nicht saisonbereinigte – Zahl der gemeldeten Stellenangebote bei der BA von März auf April 2008 noch leicht erhöht hat. Derzeit stehen knapp 600 000 Stellen zur Besetzung an, von denen 89% den Angaben der BA zufolge sofort besetzt werden können.

Entlohnung und verfügbares Einkommen

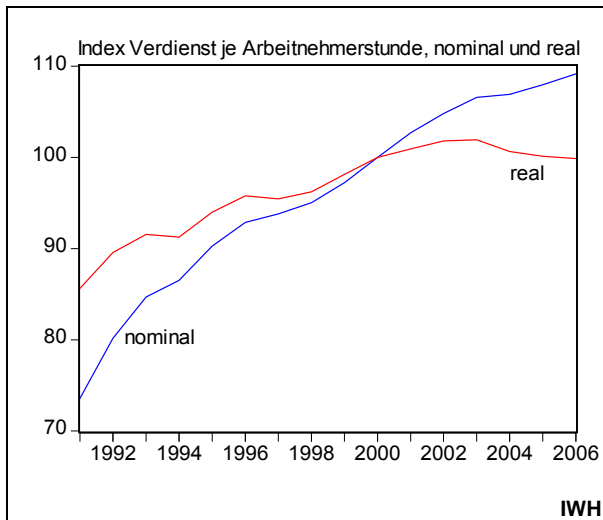
Ergänzend zur Art der zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse ist zu untersuchen, wie sich die Entlohnung der Arbeitnehmer nominal und real entwickelt hat. Ein wesentliches Element der letzten Jahre lautete Lohnzurückhaltung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbssituation durch Verringerung der Lohnstückkosten oder zumindest eine Verlangsamung des Anstiegs. Eine derartige Lohnzurückhaltung ist umso einfacher zu akzeptieren, je einsichtiger die Argumente hierfür ausfallen und je höher die Wahrscheinlichkeit ist, am späteren Aufschwung angemessen zu partizipieren.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Verdienste je Arbeitnehmerstunde in Deutschland (In-

²⁸ Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Januar 2008, S. 8.

dex 2000 = 100) nominal und real, wobei zur Deflationierung der Preisindex des Privaten Verbrauchs aus der VGR benutzt wurde.²⁹ Deutlich erkennbar ist, dass die Reallöhne ab dem Jahr 2000 merklich schwächer als die nominalen Stundenlöhne stiegen, seit 2003 sogar sanken und sich die Veränderungsraten auch 2007 noch im Minusbereich befinden.

Abbildung 1:
Entwicklung der Stundenlöhne

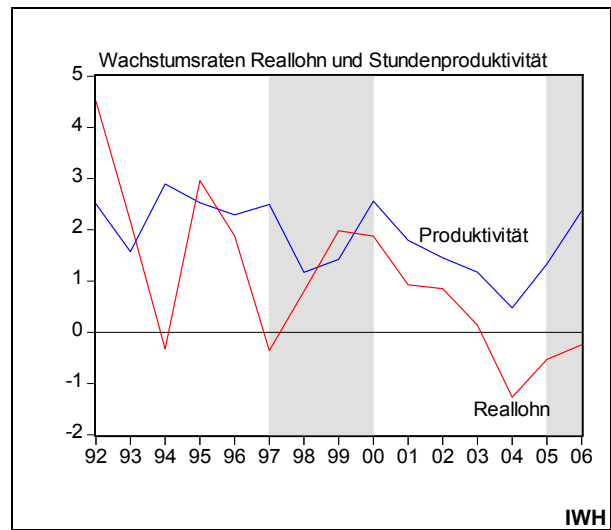


Quellen: SVR JG 2007/08; Berechnungen des IWH.

Da die Entwicklung des Reallohns zusammen mit der Produktivität betrachtet werden sollte, zeigt Abbildung 2 diese Verläufe auf. Die schraffierten Flächen kennzeichnen hierbei konjunkturelle Aufschwungphasen. Abbildung 2 zeigt deutlich, dass die Entwicklung der Stundenproduktivität ab dem Jahr 2000 deutlich oberhalb des Reallohns verläuft, wobei die Abstände zwischen beiden Zeitreihen bis 2006 zunehmen. Hierin kann eine weitere Erklärung liegen, warum der Aufschwung noch nicht in vollem Umfang bei den Arbeitnehmern (oder zumindest einem Teil hiervon) angekommen ist. Seit 2003 sinkt der Reallohn im Aggregat und somit auch die Kaufkraft der Lohninkommensbezieher.

²⁹ Da die hier verwendeten Daten der VGR entnommen sind, wurde aus Gründen der Konsistenz mit dem Preisindex für den Privaten Verbrauch deflationiert. Alternativ kann der Harmonisierte Verbraucherpreisindex oder der Preisindex für die Lebenshaltung verwendet werden. Alle genannten Indizes enthalten die Energiekosten und Preise für Nahrungsmittel als Komponenten.

Abbildung 2:
Veränderungsraten Reallohn und Stundenproduktivität
- in %



Quellen: SVR JG 2007/08; Berechnungen des IWH.

Abbildung 2 zeigt, dass seit 2000 eine deutliche Lohnzurückhaltung geübt wurde und in keinem der Folgejahre der Produktivitätsfortschritt ausgeschöpft wurde. Diese Lohnzurückhaltung, die auch zum Aufschwung beigetragen hat, kann durch maßvolle Lohnerhöhungen im laufenden Jahr gelockert werden, ohne dass hierdurch eine unmittelbare Gefährdung der konjunkturellen Entwicklung entsteht. Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Lücke zwischen Produktivitäts- und Reallohnentwicklung erst über mehrere Jahre wieder schließt und nicht in einem Zug ausgeglichen werden soll.

Einkommensspezifische Güterkörbe

Nun gibt es nicht *den* Reallohn, sodass man zwischen den Arbeitnehmern unterscheiden muss, die Reallohnerhöhungen realisieren konnten, und denjenigen, die Reallohnsenkungen hinnehmen mussten. Die Annahme, dass es sich bei der letztgenannten Gruppe um Lohnbezieher handelt, die eher unterhalb des Medianeinkommens für Arbeitnehmer liegen als oberhalb, ist nicht sehr restriktiv. Dementsprechend dürfte sich auch das haushaltspezifische Güterbündel, das monatlich zum Lebensunterhalt gekauft werden muss, deutlich von dem Besserverdienender unterscheiden. Konkret bedeutet dies, dass ein erheblich höherer Anteil des monatlichen Einkommens für Güter und Dienstleistungen des täglichen Ge- und Verbrauchs aufge-

wendet werden muss, als dies für Haushalte mit höheren Einkommen der Fall ist.

Betrachtet man einzelne Komponenten des Warenkorb, dann kam es 2007 zu erheblichen Preisanehebungen. Gegenüber 2006 stieg der Preis für Butter um 45%, für H-Milch um 25%, für Käse und Brot zwischen 10% und 15%, aber auch Bier und Fleischgerichte in Gaststätten stiegen um etwa 5%. Zu diesen Verteuerungen kommen noch die Preisanstiege bei leichtem Heizöl, Strom, Gas und Wasser sowie bei Benzin, sodass der subjektive Eindruck entstehen kann, dass die Preise für wesentliche Produkte des täglichen Bedarfs stärker gestiegen sind als die Löhne und somit keine reale Einkommensverbesserung stattgefunden hat.³⁰ Dementsprechend zurückhaltend sind die Haushalte in ihren anderen Konsumententscheidungen, insbesondere für teure, langlebige Gebrauchsgüter. Folglich fallen denn auch die Prognosen für den Privaten Verbrauch mit 1,3% bzw. 1,5% für 2008 bzw. 2009 eher verhalten aus.

Verstärkt wird diese Verhaltensweise insbesondere für Haushalte, deren Einkommen ganz überwiegend für Nahrungsmittel und Energie aufgewendet werden muss. Hierzu zählen u. a. Bedarfsgemeinschaften im Rahmen von Hartz IV, bestimmte Gruppen von Rentnerhaushalten und die Bezieher von Niedrigeinkommen.³¹ Aber auch Haushalte mit zwei oder mehr Kindern sind von den Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie stärker betroffen als z. B. Single-Haushalte. Hier kann es zu einer Umstrukturierung der Konsumententscheidungen kommen, indem als Folge der höheren Lebenshaltungskosten geplante Konsumausgaben für langlebige (und u. U. hoch- oder höherwertige) Konsumgüter zeitlich nach hinten verschoben werden. Dies kann dann in Folge den Ein-

druck entstehen lassen, dass der konjunkturelle Aufschwung nicht oder nur teilweise für diese Haushalte spürbar ist.

Relative Armut als sozialpolitisches Thema

Seit der Umsetzung der Hartz-Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarkts, insbesondere aber mit der Einführung des Arbeitslosengelds II, also Hartz IV, steht verstärkt die relative Armut in der Gesellschaft zur Diskussion. Durch die Zusammenlegung der Bezieher von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II für Erwerbsfähige und die damit einhergehende soziale Grundsicherung wurde nicht in großem Ausmaß eine neue Armut geschaffen, sondern die bestehende Armut, die vorher zu großen Teilen verdeckt war, transparent gemacht. Gleichwohl ist zu konzedieren, dass es auch deutliche Verlierer der Reform gibt. Hierbei handelt es sich vornehmlich um (alleinstehende) Bezieher der früheren Arbeitslosenhilfe, sofern sie vorher ein überdurchschnittliches Lohneinkommen bezogen haben. Zwischen 10% und 12% der Bevölkerung erhalten staatliche Transferleistungen in mehr oder weniger großem Umfang zur Finanzierung des Lebensunterhalts der Bedarfsgemeinschaft. Betrachtet man nur die Erwerbsfähigen, dann bezogen nach Angaben der BA im Januar 2008 etwa 6,1 Millionen Personen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. Im Vorjahresvergleich stellt dies eine Verringerung um 8% dar. Gleichwohl handelt es sich hier um eine zahlenmäßig beträchtliche Gruppe, die nur eine geringe Kaufkraft aufweist und oft auch mit geringen Vermittlungschancen versehen ist. Dementsprechend ist zu erwarten, dass dieser Personenkreis nur eingeschränkt von der positiven konjunkturellen Entwicklung profitiert.

Ergänzt wird diese Diskussion durch die Problematik von Einkommen aus Beschäftigungsverhältnissen, die selbst bei Vollzeitbeschäftigung nicht ausreichen, den Lebensunterhalt (einer Person/einer Bedarfsgemeinschaft) zu decken, sodass diese Beschäftigten auf aufstockende staatliche Leistungen angewiesen sind. Ein weiterer Punkt der Diskussion stellt auf die Lohnhöhe und die Forderung von Teilen der Politik und Gewerkschaften nach einem Mindestlohn von z. B. 7,50 Euro pro Stunde ab. Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels

³⁰ Vergleiche auch die Daten und Graphiken des Statistischen Bundesamts unter der Rubrik „Preismonitor“ im Internet. www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/WirtschaftAktuell/Preismonitor/Uebersicht/Preismonitor,templateId=renderPrint.psm1, Zugriff am 27.03.2008.

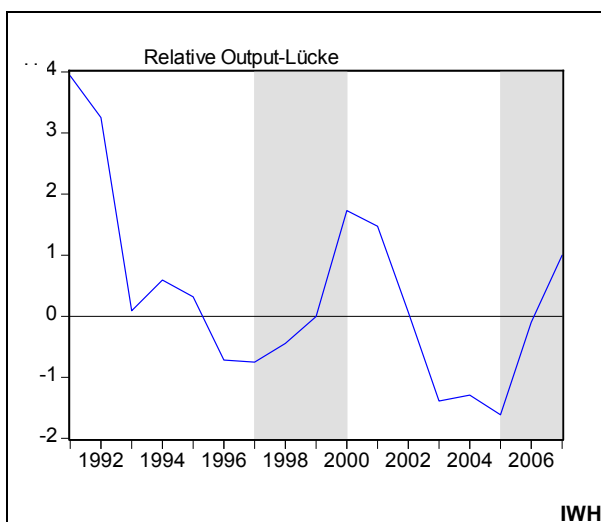
³¹ Hier kann es hilfreich sein, nicht auf die Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten zu schauen, sondern speziell für diese Gruppen entwickelte Preisindizes zu verwenden. Für Arbeitsuchende in der Grundsicherung hat z. B. Rudolf Martens einen entsprechenden Preisindex vorgestellt. Siehe MARTENS, R.: Vorschlag für einen spezifischen Preisindex zur Anpassung der Regelsätze. Soziale Sicherheit 2/2008, S. 68-73.

(SOEP) zeigen, dass z. B. 20% der Arbeitnehmer in den Neuen Bundesländern zu einem Bruttostundenlohn arbeiten, der unterhalb von 7,50 Euro liegt.³² Faktisch bedeutet dies, dass von diesen Gruppen in der Bevölkerung deutliche Impulse zur Belebung des Privaten Verbrauchs weder zu erwarten sind noch realisiert werden können.

Lehren aus dem letzten Konjunkturzyklus?

Abbildung 3 zeigt die Konjunkturentwicklung in Deutschland, gemessen als relative Output-Lücke zwischen dem Produktionspotenzial in der Berechnung des Sachverständigenrats und dem realen Bruttoinlandsprodukt. Die grau schraffierten Flächen kennzeichnen hierbei die Aufschwungphasen seit 1991.

Abbildung 3:
Output-Lücke in Deutschland, 1992 bis 2007
- in % -



Quellen: SVR, JG 2007/08; Berechnungen des IWH.

Vergleicht man die beiden Aufschwungphasen, so wird deutlich, dass die Rezession 2002 bis 2005 stärker ausfiel als in den 90er Jahren. Klar erkennbar ist auch im Vergleich mit Abbildung 2, dass in der letzten Rezession die Reallohneinbußen länger und ausgeprägter ausfielen als in der Abschwungphase 1993 bis 1997. Als dementsprechend „schmerzhafter“ wurden auch die notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der Krise empfunden.

den. Verstärkt wurde diese Entwicklung noch durch höhere Verbrauchsteuern und gestiegene Energiekosten sowie weitere Einkommenseinbußen, die durch die Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte bewirkt wurden. Allerdings weisen die neuesten Daten des Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) aus Nürnberg darauf hin, dass die „Kauflaune“ trotz allgemeiner Teuerung zunimmt. Als Gründe nennt die GfK die verbesserten Beschäftigungsaussichten und die Höhe der neuen Tarifabschlüsse, die zumindest einen Teil des Kaufkraftverlusts ausgleichen werden. Sollte sich diese positive Grundeinschätzung auch im laufenden und kommenden Jahr fortsetzen, dann besteht eine faire Chance, dass auch der Private Verbrauch sich zum Konjunkturmotor entwickelt.

Herbert S. Buscher
(Herbert.Buscher@iwh-halle.de)

³² BRAUTZSCH, H.-U.; SCHULTZ, B. : Ein Mindestlohn von 7,50 Euro je Stunde betrifft vor allem Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2008, S. 102 ff.